

SZ-Interview mit Klaus Kinkel vor 'Maastricht II'

'Die letzte Entscheidung bleibt bei den Regierungen'

Der Außenminister dämpft Erwartungen, daß der europäische Gipfel in Turin einen Integrationsschub zeugt

SZ: Ende März drückt 'Maastricht II' in Turin, die 'Runderneuerung' der EU bei den abgefahrenen Entscheidungsmechanismen. Gerade die Deutschen sagen, das nationale Veto muß weg, die Mehrheitsentscheidung muß her. Sind Sie, Herr Außenminister, wirklich bereit, sich ihren EU-Partnern zu unterwerfen?

Klaus Kinkel: Wenn man häufiger Mehrheitsentscheidungen will, und das wollen wir, dann muß man auch bereit sein, sie zu akzeptieren. Auch als größtes Land in der EU. Wir wollen Mehrheitsentscheidungen, vor allem auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik . . .

SZ: . . . gerade da, bei der 'GASP'?

Kinkel: . . . es wird keine Mehrheitsentscheidungen geben können in Verteidigungsfragen.

SZ: Ist das nicht ein Widerspruch?

Kinkel: In der Außenpolitik Mehrheitsentscheidung ja, aber nicht in der Verteidigungspolitik.

SZ: Eine subtile Unterscheidung.

Kinkel: Wenn es um zentrale Fragen der Verteidigungspolitik geht, kann es keine Mehrheitsentscheidungen geben. . .

SZ: . . . zum Beispiel?

Kinkel: Zum Beispiel beim Einsatz von Streitkräften. . . Aber in normalen Fragen muß es selbstverständlich Mehrheitsentscheidungen geben.

SZ: Was sind 'normale' Fragen?

Kinkel: Außenpolitische Fragen, wie die Anerkennung eines dritten Staates.

SZ: Und wenn die EU ein Embargo gegen

unseren guten Handelspartner Iran beschließt?

Ein Euro-Außenminister kommt nicht in Frage?

Kinkel: Derzeit wird auf der Basis eines einstimmigen Grundsatzentscheides auf Vorschlag der Kommission ein Handelsembargo mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Wir wollen jedoch, daß künftig auch der auslösende politische Beschluß mit Mehrheit gefaßt wird. Sie können nicht beides haben: das Prinzip der Mehrheit und sich anschließend solchen Entscheidungen nicht unterwerfen. SZ: Wo regiert ganz klar der nationale Souveränitätsvorbehalt?

Kinkel: Beispielsweise bei der Entsendung von Truppen.

SZ: Zurück zu Turin: Was wollen wir eigentlich? Das einzig laute Wort habe ich aus London gehört: keinesfalls mehr Macht für das Europäische Parlament.

Kinkel: Da haben wir eine diametral entgegengesetzte Meinung. Wir sind für mehr Rechte des Parlaments. Wir streiten uns in der EU darüber, wie das Parlament in die Regierungskonferenz eingebunden werden soll. Unser Vorschlag ist, daß wir zwei Beobachter des Europäischen Parlaments dabei haben; dagegen sind derzeit noch einige Partner.

SZ: Das sind kaum echte Befugnisse für das Straßburger Parlament.

Kinkel: Das ist richtig, aber es wäre ein wichtiger Fortschritt. Aber auch das ist einigen Ländern schon viel zu viel.

SZ: Wenn das Parlament echte Macht bekommt, kann Deutschland logischerweise auch majorisiert werden.

Kinkel: Wenn man das Demokratie-Defizit kritisiert, dann kann man sich nicht hinter dem Majorisierungs-Argument verschansen.

SZ: Straßburg beschließt ein Handelsembargo gegen Iran und China wegen der Menschenrechte - zwei wichtige Handelspartner von uns. Würden wir da Ja und Amen sagen?

Kinkel: So weit sind wir noch nicht. Die Befugnisse des EU-Parlaments werden auch nach Abschluß der Regierungskonferenz noch nicht so weit reichen.

SZ: Die GASP fordert von den Staaten großen Souveränitätsverzicht. Nehmen wir an, wir hätten schon einen GASP-Generalsekretär: Hätte der die Uneinigkeit der EU in den ersten drei Jahren des Balkankrieges verhindert?

Kinkel: Wir wollen jetzt eine Analyse- und Planungskapazität und einen Chef dieser Einheit, der die Außenpolitik stärker als bisher koordinieren hilft. Hätten wir den schon früher gehabt, wären ein paar Dinge anders gelaufen. Andererseits: Für mich kommt eine Art europäischer Außenminister nicht in Frage.

SZ: Warum nicht?

Kinkel: Weil der Rat, also die Regierungen, die letzte Entscheidung behalten muß.

SZ: Wir hatten doch schon die Bildts und Owens. Die haben im Balkan-Krieg nichts bewirken können, weil hinter ihnen kein gemeinsamer Wille und die entsprechende Macht stand.

Kinkel: Owen und Bildt hatten ganz andere Aufgaben. Sie waren nicht als Koordinatoren für die EU-Außenbeziehungen gedacht.

SZ: Wozu dann eine solche Figur?

Kinkel: Weil die jeweilige Rats-Präsidenschaft in der Vorbereitung der Entscheidungen besser unterstützt werden muß.

SZ: Zum Schluß tritt dann aber doch eine

solche Figur auf, und die heißt Holbrooke, hinter der die geballte Macht Amerikas steht, und die schafft dann, was Europa nicht konnte.

Kinkel: Die Amerikaner haben sich in dem Augenblick engagiert, als die Arbeit der Kontakt-Gruppe so weit gediehen war, daß das US-Engagement zusammen mit den Europäern zum Erfolg geführt hat. Natürlich wäre Dayton ohne die Amerikaner nicht zustande gekommen. Amerika ist nun mal eine Weltmacht, ein Land, das allein handeln kann.

SZ: . . . das ist der Punkt.

Kinkel: Ja. Aber ohne Europa wäre es eben auch nicht gegangen. Wir erwarten ja auch, daß Amerika seine Rolle als Weltmacht ausübt. Das sehen wir nicht mit Eifersucht, das wollen wir.

SZ: Wie steht es um die Führungsmacht Deutschland, den 'sanften Hegemon'. Wollen, können wir führen?

Kinkel: Ich habe etwas gegen das Wort 'Hegemon', auch gegen einen 'sanften'. Richtig ist, daß wir das größte und wirtschaftsstärkste Land in der EU sind. Kraft der Fakten kommt uns eine gewisse Führungsrolle zu. Aber die europäische Politik lebt vom Konsens.

SZ: Aber Konsens ist nicht Führung.

Kinkel: . . . und Führung ist ohne Konsens oft nicht möglich. Deutschland hat aufgrund der normativen Kraft des Faktischen eine führende Rolle in Europa. Das Wort Führungsmacht ist aber für mich unangebracht. Wir brauchen vernetzte, koordinierende Politik. Und wir müssen dabei Rücksicht auf die kleinen und mittleren Länder nehmen.

SZ: Rücksichtnahme ist Teil der Führung, ersto weniger Führung wird sie haben, wenn

man den kleinsten gemeinsamen Nenner bedienen muß.

Kinkel: Richtig. Aber: Die kleinen und mittleren Länder müssen miteinbezogen werden. Das ist doch das Geheimnis der Kraft und der Macht Europas.

SZ: Das Geheimnis der Macht ist, das immer einer führt und die größte Bürde schultert. Führung ist noch nie per Ausschluß entstanden.

Kinkel: Es geht um das Zusammenwirken aller europäischen Länder, und bei dem haben die größeren Länder eine ganz besondere Verantwortung.

SZ: Also eine 'variable Geometrie' auch bei der Außenpolitik - kleine Koalitionen der Fähigkeiten und Willigen?

Kinkel: Ich spreche lieber von flexibler Integration, und da sind Frankreich und Deutschland schon übereingekommen, daß wir uns nicht immer vom Langsamsten im Zug leiten lassen dürfen.

'Bei zentralen Fragen keine Mehrheitsentscheidungen'

SZ: Es gibt ein Problem bei der deutschen Führungsrolle: jene Umfragen, wonach die Deutschen am liebsten wie die Schweiz oder Schweden leben, also mit der Welt nichts zu tun haben wollen. Wenn dem so ist, müssen wir dann Ihren Job abschaffen?

Kinkel: Zunächst einmal: Mein Eindruck von der Einstellung der Deutschen ist ein anderer. Von selbstgefälliger Passivität kann

keine Rede sein. Uns ist eine wichtige Rolle nach der Wiedervereinigung zugefallen; wir sind ins Herz Europas zurückgerückt. Wir werden uns nicht drücken können. Wir können nicht auf der Zuschauertribüne Platz nehmen - oder eine isolierte Außenpolitik betreiben. Das ist Deutschland nie bekommen. Die Einbindung ist besonders wichtig.

SZ: Sind denn unsere Interessen immer identisch mit denen unserer Nachbarn?

Kinkel: Nein. Wie jedes Land haben auch wir unsere nationalen Interessen. Jede Außenpolitik ist interessenorientiert.

SZ: Dann kann man also nicht immer nur multilaterale Politik machen?

Kinkel: Nein. Es muß auch Möglichkeiten geben, wo man national bestimmte Fragen anders stellt als andere Partner.

SZ: Ein Beispiel?

Kinkel: Bei der Iran-Politik haben wir eine andere Auffassung; das ist kein Geheimnis. Wir wollen dialogorientierte Politik machen. Mit Dialog ist mehr zu erreichen als mit Wortlosigkeit.

Kinkel: Haben wir auch separate Interessen nach Osten?

Kinkel: EU und Deutschland sind gleichgelagert. Natürlich gibt es die deutsche Vergangenheit, die uns in besonderer Weise nahegelegt, das mühsam erreichte partnerschaftliche Verhältnis zu Rußland zu pflegen.

SZ: Die Russen wollen die NATO-

Erweiterung nicht, aber wir wollen ihnen kein Veto geben. Wie wollen sie den Widerspruch lösen?

Kinkel: Zunächst müssen wir den Ostmitteleuropäern, die in die NATO und die EU wollen, deutlich sagen: Für euch ist der Beitritt zur EU von zentraler Bedeutung. Bei der NATO haben wir den Grundsatzbeschuß zur Erweiterung gefaßt. Aber diese Länder müssen keinen Angriff befürchten. Das heißt: Wir stehen unter keinem Zeitdruck.

SZ: Aber unter dem Zeitdruck derer, die immer lauter die Tür klopfen.

Kinkel: Richtig. Es bleibt bei unserer Erweiterungs-Entscheidung. Aber es nutzt doch niemandem, wenn wir neue Gräben aufreißen. Wir müssen parallel zur ruhigen Erweiterung Rußland in die Sicherheitsarchitektur einbeziehen, indem wir ihm die Isolationsangst nehmen.

SZ: Damit haben wir Moskau ein Veto über das Tempo gegeben und zudem noch ermuntert, einen hohen Preis für die Erweiterung zu fordern. Läuft das nicht auf den St. Nimmerleinstag hinaus - und auf eine Sonderrolle für Rußland?

Kinkel: Wir haben kein Veto eingeräumt und werden es auch nicht tun.

SZ: Auch nicht in der Tempo-Frage?

Kinkel: Nein. Aber es gebietet doch die Klugheit, daß wir die Erweiterung nicht so

vorantreiben, daß es wieder zu der alten Konfrontation kommt. Außerdem: Wir haben Präsidentschaftswahlen in Rußland und in Amerika. Das ist kein günstiger Zeitpunkt für die Forcierung der Erweiterung. Wenn wir die in der Konfrontation mit Rußland vorantreiben, stärken wir dort die extremistischen Kräfte. Nochmals: Wir geben unsere Grundentscheidung nicht auf, und es gibt kein Veto. Parallel zur Erweiterung muß Rußland in die Sicherheitsarchitektur miteinbezogen werden. Das ist möglich.

SZ: Indem wir den Russen einen so hohen Kompensationspreis zahlen, daß sie die Erweiterung schlucken?

Kinkel: Auch das würde ich so nicht akzeptieren. Wir müssen mit den Russen eine langfristig angelegte Politik machen. Rußland hat nun einmal das Gefühl, daß die NATO-Grenze ein paar hundert Kilometer nach Osten verschoben werden soll, auch wenn es sich zu Unrecht bedroht fühlt. Wir müssen ihnen die Isolationsangst nehmen. Das liegt in unserem ureigensten Interesse.

SZ: Es ist auch unser ureigenes Interesse, daß wir nicht das östlichste Mitglied der NATO bleiben und jenseits der Oder kein Stabilitätsvakuum entsteht.

Kinkel: Richtig. Es darf keine Grauzonen in der europäischen Sicherheitsarchitektur geben.

-----Das Gespräch führte Josef Joffe

KLAUS KINKEL

Photo: Ossenbrink